

Datenschutzinformationen für Beschäftigte nach §§ 15, 16 Gesetz über den Kirchlichen Datenschutz (KDG)

Die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorgaben hat einen hohen Stellenwert für uns. Wir möchten Sie nachfolgend daher über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei uns informieren:

Verantwortlicher

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist:

Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin
Köpenicker Allee 39-57
10318 Berlin
Telefon: +49 30 501010-0
Fax: +49 30 501010-88
E-Mail: verwaltung@khsb-berlin.de

Die Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) ist eine kirchliche, staatlich anerkannte Fachhochschule in Berlin. Sie befindet sich in der Trägerschaft des Erzbistums Berlin.

Daten, die wir verarbeiten

Bei Einstellung bitten wir Sie, einen Personalfragebogen auszufüllen. Die im Personalfragebogen abgefragten Angaben benötigen wir für die Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses.

Wir erheben Stammdaten wie z. B. Name, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Staatsangehörigkeit, Religionszugehörigkeit, Telefonnummer, E-Mail-Adresse und Bankverbindung.

Wir erheben Angaben zu Ihrer Beschäftigung bei uns sowie zu Ihrer Qualifikation und Ihrem bisherigen beruflichen Werdegang. Hierzu gehören z. B. Informationen zum höchsten Schulabschluss bzw. zur höchsten Berufsausbildung und die Informationen, die Sie uns im Rahmen des Bewerbungsverfahrens überlassen haben. Daten über Nebenbeschäftigtungen sind für uns relevant, um die Vereinbarkeit mit Ihrer Beschäftigung prüfen zu können.

Wir erheben steuer- und sozialversicherungsrechtlich relevante Daten. Hierzu gehören unter anderem Ihre Steueridentifikationsnummer, Steuerklasse, Kinderfreibeträge und Familienstand. Diese Daten rufen wir gegebenenfalls auf Grundlage von § 39e Einkommenssteuergesetz direkt bei dem Bundeszentralamt für Steuern ab (elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale).

Wir erheben Angaben zu Vorbeschäftigungszeiten im laufenden Kalenderjahr, damit die steuerliche Berechnung entsprechend angepasst werden kann. Wir erheben zudem Informationen zu Ihrer Krankenversicherung und gegebenenfalls zu weiteren beschäftigungsrelevanten Zusatzversicherungen, um etwaigen Zahlungsverpflichtungen und Meldepflichten nachkommen zu können.

Im Rahmen der Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge fragen wir nach Ihrer Elterneigenschaft. Wir benötigen diese Information, um festzustellen, ob nach § 55 Absatz 3 Sozialgesetzbuch XI ein Beitragszuschlag zur Pflegeversicherung zu entrichten ist. Gegebenenfalls

bitten wir Sie, die bestehende Elterneigenschaft durch entsprechende Dokumente nachzuweisen.

Je nach konkreter Tätigkeit kann die Einholung eines erweiterten Führungszeugnisses (bei beruflichem Kontakt mit Minderjährigen oder erwachsenen Schutzbefohlenen) oder die Teilnahme an einer Einstellungsuntersuchung erforderlich sein.

Sofern Sie im Zeitpunkt der Einstellung noch nicht volljährig sind, bitten wir Sie gegebenenfalls um die Vorlage einer ärztlichen Erstuntersuchungsbescheinigung. Hierzu sind wir nach § 32 Jugendarbeitsschutzgesetz gesetzlich verpflichtet. In bestimmten Fällen bitten wir Sie um Vorlage einer Arbeitserlaubnis bzw. einer Aufenthaltsgenehmigung. Dies erfolgt nur, sofern dies für die Prüfung der Rechtmäßigkeit Ihrer Beschäftigung erforderlich ist.

Die genannten Daten verarbeiten wir, um unseren vertraglichen Pflichten als Dienstgeber gegenüber Ihnen als Beschäftigtem im Hinblick auf die Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses nachzukommen. Diese Pflichten umfassen insbesondere Angelegenheiten der Personalverwaltung, Ihre Entgeltabrechnung, die Zahlung von Lohn oder Gehalt sowie Ihrer Sozialversicherungsbeiträge und Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung. Die Pflichten ergeben sich aus Ihrem Dienstvertrag sowie gesetzlichen Pflichten, denen wir als Dienstgeber nachkommen müssen.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten ist § 6 Absatz 1 lit. a KDG in Verbindung mit § 53 Absatz 1 KDG. Soweit es sich bei den Daten um besondere Kategorien personenbezogener Daten handelt (wie z.B. Daten zu Ihrer Gesundheit), erfolgt die Verarbeitung auf Grundlage von § 6 Absatz 1 lit. a KDG in Verbindung mit § 11 Absatz 2 lit. b KDG. Rechtsgrundlage für die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses ist § 6 Absatz 1 lit. a KDG in Verbindung mit der Ordnung zur Prävention von sexualisierter Gewalt an Minderjährigen und erwachsenen Schutzbefohlenen im Bereich des Erzbistums Berlin.

Weitere Datenverarbeitungen

Wir führen eine Personalakte zu Ihrer Person. In Ihrer Personalakte speichern wir Daten, die für die Durchführung Ihres Beschäftigungsverhältnisses erforderlich sind. Dies betrifft insbesondere Ihre Bewerbungsunterlagen, Ihren Arbeitsvertrag und weitere arbeitsvertragliche Vereinbarungen, Krankheitsbescheinigungen, Ihre Zeugnisse und Zwischenzeugnisse sowie weitere für Ihre Tätigkeit bei der KHSB relevante Dokumente. Die Daten in Ihrer Personalakte verarbeiten wir, um das Beschäftigungsverhältnis mit Ihnen durchzuführen, um unseren Pflichten als Dienstgeber nachzukommen und um Ihre Entwicklung bei uns zu dokumentieren.

Im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses verarbeiten wir weitere personenbezogene Daten, unter anderem über Krankheitszeiten, Abwesenheiten (Urlaub, Sonderurlaub, Freizeitausgleich etc.), Arbeitszeiten und unternommene Dienstreisen. Diese Datenverarbeitungen erfolgen nur, sofern sie zur Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich oder durch andere Rechtsvorschriften legitimiert sind.

Wir verarbeiten Daten über Ihren Gesundheitszustand, wenn Sie sich krankmelden, sowie über Ihre Schwangerschaft, wenn Sie schwanger sind. Wir benötigen diese Daten, um unsere Personalplanung vorausschauend zu gestalten, unsere Verpflichtung zur Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall zu erfüllen sowie die Anforderungen des Mutterschutzgesetzes zu

erfüllen. Soweit Sie aufgrund von Schwangerschaft oder Krankheit Leistungen beziehen, sind die Informationen außerdem für die Entgeltabrechnung erforderlich.

Wir verarbeiten ärztliche Atteste und Untersuchungsergebnisse zu Ihrem Gesundheitszustand, sofern dies für die Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich ist. Wir benötigen diese Daten, um Ihre Eignung für die Stelle bei uns festzustellen.

Wir verarbeiten gegebenenfalls Daten von Ihnen, die Rückschlüsse über Ihre Leistung zulassen. Dazu können beispielsweise die geleistete Arbeitszeit, Arbeitsergebnisse, Ausbildungsfortschritt und Fortbildungen ebenso wie die persönliche Entwicklung im kollegialen Umfeld zählen. Die Verarbeitung der Daten erfolgt zur Dokumentation und Überprüfung, ob gemeinsame Zielvereinbarungen erfüllt wurden. Zudem verfolgen wir damit unser Interesse als Dienstgeber, Ihre persönliche und berufliche Entwicklung zu verfolgen und Ihre Leistung und Ihr Arbeitsverhalten beurteilen zu können. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen gegebenenfalls in Personalentscheidungen ein.

Zusätzliche freiwillige Angaben

Wir fragen Sie nach der Einstellung, ob eine Schwerbehinderung vorliegt. Diese Frage erfolgt, um Ihre Rechte nach dem Sozialgesetzbuch IX zu wahren sowie um die Ausgleichsabgabe gemäß § 77 Sozialgesetzbuch IX zu berechnen. Sie müssen diese Frage erst nach sechs Monaten Beschäftigungszeit beantworten. Vorher ist die Beantwortung freiwillig.

Sofern wir Sie im Rahmen des Einstellungsverfahrens um Fotos bitten, erfolgt dies auf Grundlage einer gesonderten Einwilligungserklärung, deren Abgabe freiwillig ist und die Sie jederzeit widerrufen können.

Datenlöschung

Alle von uns erhobenen Daten werden vernichtet bzw. gelöscht, sobald sie für die Durchführung des Arbeitsverhältnisses nicht mehr erforderlich sind oder das Arbeitsverhältnis beendet wurde und gesetzliche Aufbewahrungsfristen nicht mehr entgegenstehen. Regelmäßig ist dies spätestens zehn Jahre nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses der Fall.

Empfänger Ihrer Daten

In bestimmten Fällen müssen wir einen Teil Ihrer Daten, die wir im Rahmen des Arbeitsverhältnisses verarbeiten, an andere Stellen weitergeben. Dies können folgende Kategorien von Empfängern sein:

- Dienstleister für die Entgeltabrechnung (Erzbistum Berlin, ITEBO GmbH)
- Ihre Krankenkasse
- Behörden (unter anderem Rentenversicherungsträger, berufsständische Versorgungseinrichtungen, Sozialversicherungsträger, Finanzämter), Gerichte
- Ihre Bank
- Stellen, um Ansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung gewährleisten zu können (unter anderem Kirchliche Zusatzversorgungskasse des Verbandes der Diözesen Deutschlands)
- ias Aktiengesellschaft (Betriebsarzt)
- Drittschuldner im Falle von Lohn- und Gehaltspfändungen

- Insolvenzverwalter im Falle einer Privatinsolvenz
- Steuerberater, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, die jeweils für die KHSB tätig werden
- Zuwendungsgeber, die Drittmittelprojekte der KHSB finanziell unterstützen, für Zwecke der Verwendungsnachweisprüfung
- Personen, mit denen Sie als Mitarbeiter*in der KHSB in Kontakt sind
- Dienstleister, die personenbezogene Daten verarbeiten (Auftragsverarbeiter)

Darüber hinaus können in Einzelfällen weitere gesetzliche Verpflichtungen zur Übermittlung von Daten vorliegen, die jedoch nicht allgemein, sondern nur im konkreten Einzelfall entstehen können.

Ihre Datenschutzrechte

Als betroffene Person haben Sie das Recht auf **Auskunft** über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten (§ 17 KDG), auf **Berichtigung** unrichtiger Daten (§ 18 KDG) sowie auf **Lösung**, sofern einer der in § 19 KDG genannten Gründe vorliegt, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden. Es besteht zudem das Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, wenn eine der in § 20 KDG genannten Voraussetzungen vorliegt und in den Fällen des § 22 KDG das Recht auf **Datenübertragbarkeit**.

Ihre Datenschutzrechte können Sie hier geltend machen:

KONTAKTDATEN

Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin
 Käpenicker Allee 39-57
 10318 Berlin
 Telefon: +49 30 501010-0
 Fax: +49 30 501010-88
 E-Mail: verwaltung@khsb-berlin.de

Darüber hinaus haben Sie als betroffene Person das Recht auf **Beschwerde bei der Datenschutzaufsicht**, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt. Die zuständige Datenschutzaufsicht für die KHSB ist der Diözesandatenschutzbeauftragte der ostdeutschen Bistümer und des Katholischen Militärbischofs, Margaretenstraße 1, 39218 Schönebeck, E-Mail: matthias.ullrich@datenschutzbeauftragter-ost.de.

Unser Datenschutzbeauftragter

Bei der Erfüllung unserer datenschutzrechtlichen Pflichten werden wir von unserem Datenschutzbeauftragten unterstützt. Nennen Sie im Falle einer Anfrage bitte die Einrichtung, um die es geht. Die Kontaktdaten unseres Datenschutzbeauftragten lauten:

datenschutz nord GmbH
 Niederlassung Berlin
 Kurfürstendamm 212
 10719 Berlin
 E-Mail: office@datenschutz-nord.de